

## Allgemeine Sozialpolitik.

### Sittlichkeitsfragen und Sozialpolitik.

Von Rechtsanwält Dr. Fuld-Mainz.

Wenn es eines Beweises bedürfte, dass die Sittlichkeitsfragen in steigendem Masse das Interesse der an der Besserung der sozialen Verhältnisse arbeitenden Männer und Frauen in Anspruch nehmen, so würde er durch die Thatsache geliefert, dass innerhalb des knappen Zeitraums von drei Monaten sich nicht weniger als vier Kongresse hiermit befassten. Zwei davon waren der Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels gewidmet: die von der französischen Regierung nach Paris einberufene Konferenz der Delegierten der verschiedenen Staaten und der Frankfurter Kongress; mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten befasste sich der Brüsseler Kongress, der letzthin in Berlin eine Fortsetzung für Deutschland erhielt, während der Verbandstag der Frauenvereine in Wiesbaden seine Aufmerksamkeit insbesondere der Prostitution und ihren wirtschaftlichen Ursachen zuwandte.

Es ist noch nicht allzu lange her, dass es in gebildeter Gesellschaft, die nicht ausschliesslich aus Männern bestand, überhaupt streng verpönt war, das Wort »Prostitution« in den Mund zu nehmen; vor einem Menschenalter, ja, wir können es ruhig sagen, noch vor einem halben Menschenalter, würde in weitesten Kreisen die Frau geradezu als schamlos gegolten haben, die es gewagt hätte, in einer aus Männern und Frauen bestehenden Versammlung ihre Ansichten über Prostitution und deren Begleiterscheinungen zum Ausdruck zu bringen. Die Frau, die den Anforderungen des Durchschnittsphilisters bezüglich der »Krankheit« entsprach, durfte, wenigstens offiziell überhaupt nicht wissen, dass Tausende und Abertausende ihrer Schwestern sich aufs Tiefste alltätlich erniedrigen, noch weniger durfte sie darüber nachdenken, ob denn nicht diese Form menschlicher Verwahrlosung mit gewissen Organisationsfehlern der Gesellschaft zusammenhänge!

Es ist das nicht hoch genug anzulagende Verdienst der modernen Frauenbewegung, dass wir jetzt zu einer anderen Auffassung gelangt sind. Wer in dem grossen Saale des Viktoriahotels in Wiesbaden am Abend des 6. Oktober der öffentlichen, von 800 bis 1000 Personen beiderlei Geschlechts besuchten Versammlung des Frauenbundes beiwohnte, die sich mit den wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution be-

schäftigte, wer das nach Inhalt und Form durchaus auf der Höhe der Aufgabe stehende Referat von Fräulein Pappritz-Berlin mitanhörte, musste doch die Thatsache anerkennen, dass das Recht der Frauen, auch die schwierigsten und delikatesten Fragen neben den Männern behandeln zu dürfen, überhaupt nicht mehr in Frage gestellt werden kann.

Die Behandlungsweise der Sittlichkeitsfragen ist gegenüber früheren Zeiten eine andere geworden. Wer heute die Prostitution ausserhalb des Zusammenhangs mit der Gestaltung des Arbeitsmarktes, mit der gleitenden und steigenden Lohnskala, mit den Preisen der niedrigsten Nahrungsmittel betrachtet wollte, würde damit beweisen, dass ihm die ersten Vorkenntnisse abgehen, ohne die eine Beurteilung dieser Erscheinung nicht möglich ist. Die gesellschaftlich-wirtschaftliche Verursachung der gewerbmässigen Unzucht sowie des Weitern auch eines guten Teils derjenigen, welche des Charakters der Gewerbmässigkeit entbehrt, bildet für die moderne Betrachtung der Sittlichkeitsfrage ein der Diskussion entrücktes Axiom; wer dies nicht anerkennt, wer sich in metaphysischer Anschauung über die dämonische Kraft des Geschlechtstriebes bewegt, wer gegenüber dem durch die Statistik in überzeugendster Weise erhärteten Einfluss der sozialen und wirtschaftlichen Faktoren auf die Prostitution noch immer einer Auffassung huldigt, die von dem krassen Individualismus beherrscht ist, wird bei bestem Willen niemals im Stande sein, den Kampf gegen die gewerbmässige Unzucht wirksam zu unterstützen.

Es ist aber nicht nur die Prostitutionsfrage, die nur durch Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse richtig verstanden und gelöst werden kann, soweit eine Lösung überhaupt möglich erscheint, sondern auch bei allen sonstigen Sittlichkeitsfragen ist der ursächliche Zusammenhang mit diesen Verhältnissen ein derartig enger, dass die sozialpolitische Betrachtungsweise sich von selbst aufdrängt. Oder ist es nicht in erster Linie die wirtschaftliche Not verschiedener Länder des Ostens, die es den Mädchenhändlern ermöglicht, die südamerikanischen Bordelle mit den aus jenen Gegenden stammenden Mädchen zu füllen? Sind es nicht die sozialen Verhältnisse, die den Boden für die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten bilden, und trägt nicht teilweise selbst unsere sozialpolitische Versicherungsgesetzgebung zu ihrer Ausbreitung bei, wenn sie diese Krankheiten unter dem Gesichtspunkte

der Leistungen der Versicherungsträger anders behandelt als andere Krankheiten?

Die Sittlichkeitsfragen sind samt und sonders soziale Fragen, zu ihrer Lösung und Behandlung ist daher die Sozialpolitik berufen. Mit Genugthuung darf konstatiert werden, dass in den Verhandlungen der Eingangs genannten Kongresse dies voll anerkannt worden ist, besonders aber in den Verhandlungen des Wiesbadener Frauentags, die in einem energischen Protest gegen die Stellung ausklangen, die der Staat in Deutschland der Prostitution gegenüber einnimmt. Es liegt in der Natur dieser Frage, dass es verhältnismässig schwer fällt, rückständige Anschauungen und Vorurteile zu beseitigen; eine falsche Prüderie verhindert leider immer noch oft genug die Presse, dem wichtigsten Gegenstand die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Vielleicht wird der Wiesbadener Frauentag auch in dieser Beziehung einen günstigen Einfluss ausüben, nachdem sich wieder einmal gezeigt hat, dass es sehr gut möglich ist, auch die dem Sexualleben angehörigen Probleme vor Männern und Frauen in gemessener Weise zu behandeln.

Auf den Zusammenhang der Sittlichkeitsfragen mit der Sozialpolitik wieder und wieder aufmerksam zu machen, ist aber um so mehr geboten, als unsere Gesetzgebung unter dem Einfluss einer Anschauung steht, der die sozialpolitische Seite dieser Probleme völlig unbekannt ist. Früher oder später wird die grundsätzlich beschlossene Revision des Strafgesetzbuchs greifbare Gestalt annehmen; wir müssen dafür sorgen, dass alsdann die Gesetzgebung die sozialpolitische Beurteilung der Sittlichkeitsfragen sich angeeignet hat, nur dann können wir darauf rechnen, dass Vorschriften, wie der Prostitutionsparagraf des geltenden Strafgesetzbuchs, in das einer modernen Auffassung entsprechende Gesetz nicht mehr übergehen.

„Soziale Praxis.“

## Verein deutscher Steindruckereibesitzer.

Aus den Verhandlungen der ersten Generalversammlung vom 3. November 1902 bringen wir vorerst, da der stenographische Bericht später im Druck erscheint, das uns besonders interessierende. Bezüglich der Lehrlingsfrage wurde folgende Resolution gefasst:

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Steindruckereibesitzer am 3. November 1902 erachtet im Hinblick darauf, dass Lithographie und Steindruck von Haus aus Kunstgewerbe sind und sich insbesondere in der neueren Zeit immer mehr zu solchen entwickeln, sowie im Hinblick darauf, dass demnach beide Zweige des Steindruckgewerbes unbedingt eines kunstgewerblich vorgebildeten und geschulten

## Freiheit.

I.

Zu den erheblichsten Einwänden gegen den »proletarischen Zukunftsstaat« gehört die gegnerischerseits oft ausgesprochene Befürchtung, dass jener Staat das Grab aller persönlichen Freiheit sein werde. Ein roher Kasernenkultus, ausgedehnt auf alle möglichen Bethätigungen, werde mit brutaler Faust alle Aeusserungen höher gearteter Individuen niederschlagen und auf Schritt und Tritt starre dem unglücklichen Staatsbürger jener Epoche Reglement auf Reglement entgegen.

Aus seiner Haut kann niemand heraus und es ist nur logisch, dass die Verteidiger unserer — ach, so freiheitlichen — Weltordnung bei ihren Betrachtungen in einem Zuchthausstaat landen, denn es ist ihr Geist, der ihn gebärt.

Zwar rühmt sich unser Geldbürgertum seiner »Liberalität«. Es thut sich nicht wenig darauf zugute, den »despotischen Junkerstaat« »umgestürzt« zu haben, (was — siehe Zoilwucher! — nur sehr bedingt der Fall und — man denke an 1848! — zum grössten Teil Proletarierfäusten zu verdanken ist). Sang doch Heinrich Heine schon im Jahre 1844:

Die Jungfer Europa ist verlobt  
Mit dem schönen Geniesse  
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,  
Sie schwelgen im ersten Kusse.

Leider ist's mit den Ehen so eine zweifelhafte Sache. Wenn die Flitterwochen vorbei sind, offenbaren sich häufig die Gegensätze und aus der liebesdürstigen Jungfer wird eine böse Xanthippe.

Der Genius der Freiheit durfte sich bald nicht mehr muskeln. Nur bei festlichen Anlässen musste er den Schlafrock ausziehen und eine Rede halten. Im übrigen führte die Frau Bourgeoisie das Wort. Nach aussen hin freilich giebt es kein einigeres Paar. Aber »an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.« Man muss sich die Kinder ansehen, wenn man die Eltern kennen lernen will.

Eine staatliche Reihe ist's, die da vor uns aufmarschiert. Leuchtet ihnen ins Gesicht und Ihr werdet ausrufen müssen: »Ganz die Mutter!« Nur hier und dort zeigt sich ein schwächerer Zug vom Vater Genius. Und wenn wir an den Bastard Sozialistengesetz denken, so haben wir alle Ursache, anzunehmen, dass es die ehemalige Jungfer Bourgeoisie nicht allzu genau mit ihrer ehelichen Treue nimmt.

Aber haben wir nicht die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit, die Pressfreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, ja, sogar die Streikfreiheit?

Gewiss. Sie sind aber auch darnach. Sehen wir uns die letzten vier Arten an. Nichts charakterisiert die Pressfreiheit besser als die

Thatsache, dass fortwährend Redakteure von Arbeiterblättern ihren Aufenthalt hinter vergitterten Fenstern zu nehmen gezwungen sind. Zwar bezweifelt heute wohl kaum noch jemand, dass die Freiheit der Presse eine notwendige Freiheit ist. Denn die Presse ist der Spiegel, in dem sich die Welt und ihre Erscheinungen unverzerrt spiegeln sollen; sie ist oder soll doch sein das Gewissen der Zeit, das Manometer der Volksseele, die unbeeinflusste Kritik im Dienste der Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir wissen zwar, dass ein grosser Teil von Zeitungen Vexierspiegel sind, aus denen die uns zweifelhafte Ordnung der Dinge stets sauber geputzt und ohne Fehl, zurechtgeputert und geschminkt, herausieht. Denn die Welt ist wie jene eitle Dame, die wütend ihren Spiegel zertrümmerte, als er ihr ein hässliches Antlitz mit einer grossen Warze auf der Nase zeigte. Was Wunder, wenn so mancher Hieb auf die unverschämten Spiegel der Arbeiterpresse fällt? Warum setzt sie den Zuständen keine hübsche Frisur auf? In der That ist es ungemein häufig »die Form« irgendwelcher Angriffe oder Mitteilungen, welche der persönlich sorgsamsten Rechtspflege unserer Zeit Anlass zu stühnendem Eingreifen giebt. Man schiebt den Wahrheitsbeweis zuweilen als »unwesentlich« beiseite, trotzdem erst auf seinem Grunde eine gerechte Würdigung der Thatsache möglich ist. Und gar manche Beispiele liessen

Gehilfenstandes bedürfen, um sich auf der Höhe der Zeit und der gestellten künstlerischen Anforderungen zu halten, eine durchgreifende Besserung in der Vorbildung und Ausbildung der Lehrlinge, sowie zur Förderung dieser letzteren die Festsetzung einer rationalen Verhältniszahl der zu haltenden Lehrlinge zu den beschäftigten Gehilfen für dringend notwendig.

Sie beauftragt eine Kommission von fünf Mitgliedern, beide Fragen eingehend zu untersuchen, zu ihrer Regelung bestimmte Vorschläge auszuarbeiten und diese der nächsten ordentlichen oder gegebenen Falles einer zu berufenden ausserordentlichen Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gleichzeitig beauftragt die Versammlung diese Kommission, auch die Gestaltung des Verhältnisses der Handwerkskammern zum Steindruckgewerbe im Sinne grösstmöglicher Förderung des letzteren in den Bereich ihrer Beratungen zu ziehen und auch hierüber der nächsten Hauptversammlung Bericht und Vorschläge einzureichen.

Um eine Klarstellung der Verhältnisse der Deutschen Steindruckerei-Besitzer insbesondere der Inhaber der grösseren und handelsgerichtlich eingetragenen Betriebe zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Handwerkskammern herbeizuführen, beschliesst die Versammlung ferner den Vorstand zu beauftragen, an sämtliche Staatsregierungen des deutschen Reiches sowie an den Bundesrat eine Eingabe zu richten, in welcher um eine authentische Interpretation der Verhältnisse dringend gebeten wird.

Im weiteren wurde eine Resolution für Herbeiführung günstiger Handelsverträge gefasst. — Ausführlicher Bericht später.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Englische Schiffahrtssubventionen kontra Schiffahrtstrust. — Arbeitsmarkt und Auswanderung.**

Kommt bei uns der Staat dem agrarischen Besitz zur Hilfe, so schickt er sich in England zu neuen Subventionen für das Rhedekapital an.

Die Anschauung, dass in England der Staat alle Wirtschaftsgebiete dem Privatkapital zur Ausbeutung überlasse, dafür jedoch auch auf der anderen Seite jede Liebesgabenpolitik ablehne, hat niemals der Wirklichkeit voll entsprochen. Immerhin war hier das Staatseingreifen, wie wir es gewohnt sind, weniger entwickelt. Das gesteigerte Wettringen der Völker, die allseitige Durchlöcherung des englischen Weltindustrie- und Welthandelsmonopols, die häufiger bemerkbare Ueberflügung durch andere Nationen hat jedoch den Staat schon längst wieder zu einer aktiveren Rolle berufen, und diese Entwicklung wird noch lange weiter fortschreiten.

Der Morgan'sche Schiffahrtstrust hat jetzt die Bewegung für weitere Schiffssubsidien angefaßt. Man fürchtet, die Oberherrschaft auf dem Atlantischen Ozean zu verlieren; man empfindet es als Demütigung, dass Schiffe, die im Kriege als Hilfskreuzer dienen sollen, unter fremder Kontrolle stehen. Die Abmachungen der Regierungen mit der Cunardlinie dürften darum in Parlament kaum auf starken Widerstand stossen, da sie nur etwas sichern sollen, was man durch den Trust bedroht sah — grundsätzliche Einwände gegen Liebesgaben spielen heute aber keine entscheidende Rolle mehr. Der Inhalt des Abkommens zwischen Regierung und Cunardlinie geht dahin: Die Cunard-Linie unternimmt den Bau von zwei neuen Dampfern von besonderer

Schnelligkeit, nämlich von 24—25 Knoten, was die Fahrzeit der schnellsten bestehenden Dampfer noch um einen Knoten übertreffen würde. Ferner verpflichtet sich die Gesellschaft, dass für 20 Jahre die Cunard-Flotte britisches Eigentum und unter englischer Führung verbleibt. Dagegen gewährt die Regierung ihr ein Darlehen zu 2½ Prozent Zinsen, das durch jährliche Zahlungen während der Dauer des Vertrages zurückgezahlt wird, und ausserdem eine jährliche Subvention von Lstr. 150000 statt der jetzigen von Lstr. 28000. Die Regierung verpflichtet sich ferner, die Gesellschaft auf gleichem Fusse mit anderen englischen Gesellschaften mit Bezug auf postalische oder militärische Dienste zu behandeln.

Der Trust wird also mit starken Aussenseitern zu rechnen haben und eine Monopolsstellung kaum je erringen. So vorteilhaft dies für die Verfrachter sein mag, für die Steuerzahler ist auch der neue Ausblick bedenklich, da jede Subvention seitens des einen Staates die anderen Staaten zu ähnlichen Massnahmen drängt, so dass das Ende vom Lied ein allgemeines internationales Subsidienwettrennen kräfteverzehrender Art sein müsste.

Die Arbeitsmarkt-berichte zeigen keine besonderen Veränderungen. An sich schien der Monat September nicht besonders ungünstig; gegen den August verbesserte sich sogar das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den Arbeitsnachweisen (auf 100 offene Stellen 133,6 Arbeitssuchende, gegen 161,5 im Aug. 1902 und gegen 153,7 im September 1901). Die Krankenkassen (für 945 mit 1,66 Millionen Mitgliedern lagen Angaben vor) ergeben gleichfalls einen geringen Mehrzugang von 0,5 Prozent gegen den Monat August. Indess hängen alle diese Ziffern stark von Zufälligkeiten ab und schon wenn man den stetigen Bevölkerungszuwachs, der in jedem Jahre 500000—600000 Menschen dem Kreise der Erwerbsthätigen neu zuführt, in Betracht zieht, so verwandeln sich die geringen Verbesserungen bereits in Stillstand, wenn nicht gar in weiteren Rückgang.

Auch die Statistik des englischen Arbeitsmarktes zeigt für September neue Rückschritte, so dass der Beschäftigungsgrad nicht nur niedriger ist als im Vorjahre, sondern sogar niedriger als im Septemberdurchschnitt der letzten zehn Jahre. Schiffsbau und Maschinenindustrie litten am schwersten, während die Textilindustrie sich ein wenig hob. Bei den 221 berichtenden Trade Unions (mit 553870 Mitgliedern) zählte man Ende September 27522 (oder 5 Prozent) Arbeitslose, gegen 4,5 Prozent im August, 3,7 Prozent im September 1901 und 4,6 Prozent im Septemberdurchschnitt von 1892—1901.

Auch die Einwanderung in New-York hält sich fortgesetzt auf einem ausserordentlich hohen Stande.

Berlin. Max Schippel.

### Justiz.

Die Kölner Polizei rektifiziert sich selbst für ihr Nichtentschreiben bei der Teilnahme weiblicher Mitglieder an der General-Versammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Sie hat vor wenigen Tagen den dortigen Ortsverein des (Hirsch-Duncker'schen) Gewerkevereins der deutschen Frauen aufgelöst, weil die Vorsitzende in einer Mitgliederversammlung über die Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform referiert hat. — Ein neuer Beitrag zur Beweisführung der Unhaltbarkeit des preussischen Vereinsrechts.

sich noch anführen, die ein eigenartiges Bild von der »Freiheit der Presse« geben würden.

Die Versammlungsfreiheit hat in den mannigfachen deutschen König-, Fürsten-, Herzogtümern und »freien Städten« ihre unterschiedliche Physiognomie. Preussen ist neuerdings durch das »Segment« der Frauen berühmt geworden. Die auf der Tribüne leuchtenden Helme der »überwachenden Beamten« sind die charakterisierenden Attribute der Versammlungsfreiheit. In den Händen der Polizeigewaltigen liegt die Macht, die Grenzen jener Freiheit zu bestimmen; dass sie nicht zu weit gezogen werden, dafür bürgt die Auffassung jener Organe von dem, was für die »Unterthanen« gut ist. Ein ganz lumpiger Regenschirm, vom Adlerauge des Ueberwachenden als revolutionäre Waffe betrachtet, kann die Auflösung herbeiführen. Und wenn, wie jüngst in Sachsen, die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses besprochen werden sollen, die Behörde aber nicht »über diesen Punkt der Tagesordnung informiert ist«, so verbietet man der Einfachheit wegen die Versammlung. Das Gleiche tritt ein, wenn, was ja bei jeder Arbeiterversammlung vorauszusetzen ist, »die Volksleidenschaften aufgестаelt werden sollen.«

Von der Vereinsfreiheit, die eng mit der Versammlungsfreiheit zusammenhängt und unter ähnlichen Chikanen leidet, hat einmal ein Rechts-

professor gesagt: »Das Koalitionsrecht existiert, es darf nur nicht ausgeübt werden.« Mit zauberhafter Gewandtheit versteht man es doch mancherorts, die politischen Schlüssel zu drehen, welche den Gewerkschaftsfamilien die Bude schliessen. Die Forderung der Einreichung der Mitgliederlisten, welche jeden Einzelnen unter die fürsorgliche Kontrolle der Polizei stellt, erinnert bedenklich an die Massnahmen, mit denen ein gewisses horizontales Gewerbe bedacht wird. In Charlottenburg wurde kürzlich ein jüngeres Mitglied eines politischen Vereins auf die Polizeiwache geladen, wo ihm empfohlen wurde, die Mitgliedschaft rückgängig zu machen, weil ihm dieselbe schaden könne. Der junge Mann dankte für die Liebenswürdigkeit. Am folgenden Sonnabend wurde er von seiner Stelle wegen Arbeitsmangel entlassen! Dieselbe Freiheit hat das »politische Tanzvergnügen« erfunden und viele andere schöne Dinge. Aber wenn schon bei einer Polka der Staat wackelt, um wieviel mehr muss dies der Fall bei Arbeits-einstellungen sein?

Denn wir haben auch eine Streikfreiheit. Es ist manchem nicht angenehm, dass sie existiert. Aber man sollte sich mit den »Kautelen« zufrieden geben, denen sie in der Praxis unterworfen ist. Ein Streik ist ein Uebel. Niemand zweifelt daran. Ein mitunter sehr notwendiges Uebel meinen wir, eine scheussliche Gemeinheit,

### Kartelle, Sekretariate.

**Arbeitersekretariat in Magdeburg.** Das am 8. Okt. in Magdeburg eröffnete Gewerkschaftssekretariat, Gr. Münzstr. 1a, Hof, part., erteilt auch kostenlose Auskunft an Gewerkschaftsmitglieder über gewerbliche Streitigkeiten, Arbeiterversicherung, Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht. Wir werden daher künftig dieses Sekretariat in die Liste der Arbeitersekretariate aufnehmen. Alle für das Kartell bestimmten Sendungen mögen von nun ab an die vorstehende Sekretariatsadresse gerichtet werden.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell, das schon früher wiederholt, aber ohne Ergebnis, über die Errichtung eines Arbeitersekretariats beraten hatte, nimmt neuerdings wieder Stellung zu dieser Frage. Ein Antrag, diese Angelegenheit in den einzelnen Gewerkschaften zur Erörterung zu bringen, wurde zurückgestellt und der Kartellvorstand vorläufig beauftragt, in einer der nächsten Versammlungen ein Referat über Arbeitersekretariate halten zu lassen.

Der Münchener Gewerkschaftsverein ersucht den Magistrat, in diesem Jahre zu Beginn des Winters eine Arbeitslosenzählung stattfinden zu lassen. Eine Antwort des Magistrats ist noch nicht eingegangen.

Eine Zentralherberge in Offenbach haben die dortigen Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus, Austr. 9, eingerichtet und vor kurzem dem Verkehre übergeben.

### Andere Organisationen.

**Aus den christlichen Gewerkschaften.**

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften lässt mitteilen, dass die Zentralisation der christlichen Bergarbeiter abgeschlossen sei. Dagegen schweigt er sich über die Zentralisation der christlichen Metallarbeiter aus. Bei der ganzen Hetze gegen den Wiebervverband scheint also der Siegerländer Verein der am meisten Geschundene zu sein, der seine ganzen Bergarbeitermitglieder verlor und auf Seiten der Metallarbeiter nicht entfernt an Ersatz dafür gewann, wogegen Brust ein gutes Geschäft gemacht hat. Der letztere erlässt neuerdings im »Bergknappen« die diktatorische Forderung, dass der Wiebervverband künftig von allen christlichen Gewerkschaftskongressen ausgeschlossen sein solle. Als der internationale Textilarbeiterkongress zu Zürich aber die christlichen Textilarbeiter ausschloss, da wurde kräftiges Hallo über den Terrorismus der Gewerkschaften gemacht.

Der systematischen Streikbrecherei beschuldigt der »Vorwärts« den christlichen Holzarbeiterverband, der nicht nur seine Mitglieder von der Teilnahme an einem Abwehrstreik gegen den Innungsanweisung in Berlin in der Werkstätte von Zache, Fruchtstr. 8, abgehalten, sondern die Werkstätte auch mit christlichen Mitgliedern besetzt und durch Inserate in der »Christl. Holzarb.-Ztg.« und in der »Märk. Volksztg.« für Zuzug gesorgt haben soll. Ein solches Vorgehen der Christlichen richtet diese natürlich selbst in der Achtung aller ehrlichen Anhänger der Arbeiterbewegung.

### Statistik und Volkswirtschaft.

**Arbeitslosenzählungen im kommenden Winter** wollen die kommunalen Behörden in Stuttgart und Dresden veranstalten, während der Magistrat zu Frankfurt a. M. sich über einen bezüglichen Antrag des Gewerkschaftskartells noch nicht geäußert hat. In Magdeburg will das Kartell im November selbst eine Arbeitslosenzählung veranstalten.

meinen — andere. Gegen die Freiheit der »schwarzen Listen« haben diese anderen nichts einzuwenden, garnichts. Mit Vergnügen stimmen sie der Aechtung von Arbeitern, die auf Monate und Jahre hinaus brotlos gemacht werden sollen, zu; aber ihr ganzes Mitleid erwacht, wenn es dem Unternehmer an den Kragen geht. Da werden mitunter sogar Soldaten als Rausreisser mobil gemacht und Reservisten freundlichst eingeladen, für einen Lumpenlohn die leeren Plätze zu besetzen. Streikenden Ausländern wird von der deutschen Freiheit empfohlen, schleunigst über die Grenze zu verduffern; Streikposten, die ruhig und friedlich ihres Amtes walten, werden verhaftet und — wenn's irgend sein kann — prozessiert; jedes Wort, einem Streikbrecher zugerufen, grenzt an Majestätsbeleidigung — und sie selbst, die unverständigen Opfer, werden (skortiert wie regierende Fürsten!

Vom Glanz der Pickelhauben und blanken Knöpfe überstrahlt sitzt die gebrechliche deutsche Freiheit auf der Armensünderbank. Man hat sie böse zugerichtet. Man kennt den Genius, der einst der Jungfer Europa in den Armen gelegen haben soll, nicht mehr wieder. Er ist unter die Räder des Kapitalismus geraten.

Wer kann ihm helfen?

Ein zweiter Artikel soll die Antwort darauf geben.